

Beschlußempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 13/7100 –

Jahresbericht 1996 (38. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der Wehrbeauftragten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. März 1998 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Bonn, den 11. Juni 1997

Der Verteidigungsausschuß

Kurt J. Rossmanith
Vorsitzender

Jürgen Augustinowitz
Berichterstatter

Dieter Heistermann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Augustinowitz und Dieter Heistermann

I. Zum Beratungsverfahren

Die Wehrbeauftragte hat den von ihr nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 1996 am 11. März 1997 vorgelegt.

Die Präsidentin des Deutschen Bundestages hat diesen Bericht am 26. April 1997 an den Verteidigungsausschuß gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Jahresbericht in seiner 59. Sitzung am 11. Juni 1997 beraten und der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuß

Die Fraktion der CDU/CSU wies zunächst darauf hin, daß der Jahresbericht ein Mängelbericht sei, der Auskunft über in den Streitkräften vorhandene Probleme gäbe. Er wäre jedoch keineswegs eine Gesamtdarstellung der Lage in den Streitkräften. In diesem Zusammenhang wurde bemerkt, daß das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit gerade in der letzten Zeit wesentlich gestiegen wäre. Deswegen sei es wichtig, daß die Angehörigen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit auch in Uniform sichtbar wären. Dabei spiele keine Rolle, ob dies der kleine Dienstanzug oder der Feldanzug (Flecktarnanzug) sei. Auch könnten Veranstaltungen wie beispielsweise Feierliche Gelöbnisse gar nicht genug in der Öffentlichkeit durchgeführt werden, weil gerade Wehrpflichtige ihre Uniform zu Recht mit Stolz und Würde trügen.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß sich die Wehrbeauftragte in weitgehender Übereinstimmung mit diesem Ausschuß immer wieder sehr konstruktiv mit dem Thema der Wehrpflicht befasse.

Die von der Wehrbeauftragten angeregte Erhöhung des Wehrsoldes greife die Fraktion trotz der schwierigen Haushaltssituation konstruktiv auf. Die CDU/CSU strebe eine Mischung aus Wehrsolderhöhung sowie eine Aufstockung der Sätze beim Mobilitätszuschlag an.

Man sei weiterhin der Auffassung, daß nicht immer wieder Debatten über neue bzw. andere Strukturen in der Bundeswehr geführt werden sollten. Die Truppe benötige Ruhe, um die geschaffenen Strukturen einnehmen zu können. Seine Fraktion spreche sich auch gegen die Einsetzung neuer Kommissionen aus und plädiere dafür, an der beschlossenen Struktur festzuhalten. Die erzielten Verbesserungen für die Wehrpflichtigen hätten sicherlich auch dazu ge-

führt, den Trend zur Kriegsdienstverweigerung zu stoppen.

Mit dem Thema „Dienstzeitausgleich“ hätte die Wehrbeauftragte in ihrem Bericht ein sehr unschönes Problem angesprochen. Ihr Hinweis, daß Grundwehrdienstleistende sich nach der Verdoppelung des Verpflegungsgeldes an dienstfreien Tagen, bei Dienst an Wochenenden unter Umständen finanziell schlechter stünden als wenn sie keinen Dienst verrichtet hätten, müsse unbedingt aufgegriffen werden. Das Bundesministerium der Verteidigung wurde eindringlich gebeten zu prüfen, damit die dringend erforderliche Abhilfe geschaffen werden könne.

Im Hinblick auf die Einberufung von Wehrpflichtigen werde die Ausstattung aller Kreiswehrrersatzämter mit WEWIS vordringlich gefordert. Auch sei notwendig, das Konzept der Auskunfts- und Beratungszentren zu realisieren.

Im Bereich der Ausbildung hätte die Wehrbeauftragte Defizite bei jungen Unteroffizieren im Zusammenhang mit der Menschenführung festgestellt und darauf hingewiesen, daß eine Vielzahl von Verstößen gegen die Grundsätze der Inneren Führung durch bessere Schulung und Dienstaufsicht hätten vermieden werden können. Deswegen begrüße die Fraktion die unangemeldeten Truppenbesuche der Wehrbeauftragten. Es wurde angeregt, daß auch die militärischen Vorgesetzten häufiger unangemeldet ihrer Dienstaufsichtspflicht nachkommen sollten.

Die seit Januar 1997 zentral an den Heeresunteroffizierserschulen neugeordnete Unteroffiziersausbildung werde begrüßt. Interessant sei zu erfahren, ob schon erste Aussagen über die Neuordnung gemacht werden könnten. In diesem Zusammenhang müßte mit Blick auf den Verteidigungshaushalt 1998 das Problem der fehlenden 1399 Stellen für Feldwebeldienstgrade angesprochen werden.

Die Feststellungen der Wehrbeauftragten zu den Bereichen „Ausbildungsmaterial“ und „Material- und Ersatzteillage“ hätten starken Anklang in den Medien gefunden. Das Bundesministerium der Verteidigung und das Parlament wären gemeinsam bemüht, die aus finanziellen Gründen entstandene schwierige Lage zu verbessern. In diesem Jahre wären deshalb Umschichtungen in Höhe von 60 Mio. DM vorgesehen.

Die Fraktion der CDU/CSU mahne eindringlich an, bestehende Mängel so schnell wie möglich zu beseitigen und notwendige finanzielle Verstärkungen für diese Bereiche vorzusehen.

Breiten Raum in ihrem Bericht hätte die Wehrbeauftragte dem Sanitätsdienst gewidmet, der sich wegen des SFOR-Einsatzes in einer besonderen Lage befinde. Allerdings wäre nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU jedoch nicht hinnehmbar, daß sich

dies negativ auf die medizinische Versorgung der Soldaten in ihren Heimatstandorten auswirke. Man hoffe im übrigen sehr, daß die vom Bundesministerium der Verteidigung in Aussicht gestellte Besetzung aller Truppenarztstandposten bis zum Ende des Jahres 1997 dieses Problem lösen werde. Der Berichterstatter wies auf die Bedeutung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient hin. Diesem käme besondere Bedeutung zu, weil der Soldat nicht die Möglichkeit hätte, seinen Arzt frei wählen zu können. Die Truppenärzte müßten deshalb ihre besondere Verantwortung erkennen und auch wahrnehmen.

Nach entsprechenden Ausführungen im Jahresbericht 1996 müsse es offensichtlich eine Vielzahl von Eingaben gegeben haben, in denen sich Soldaten über Oberflächlichkeit und auch unangemessenen Umfangston im Rahmen der medizinischen Behandlung beklagt hätten. Dies könne nicht hingenommen werden. Auch könnten Fern- und Telefondiagnosen nicht akzeptiert werden.

Die im Jahresbericht beklagten Mängel im Hygienebereich, insbesondere bei den Truppenküchen, könnten trotz der Enge der Haushaltslage ebenfalls nicht hingenommen werden. Die Fraktion erwarte, daß über diese Bereiche im nächsten Jahresbericht positiver berichtet werden könne. Außerdem wurde gebeten, über die sicherlich notwendigen Maßnahmen im Osten Deutschlands nicht die Situation in den alten Bundesländern zu vergessen.

Der Berichterstatter äußerte weiter, kein Verständnis für offensichtlich zum jetzigen Zeitpunkt laufende Truppenversuche aufbringen zu können, wie man Soldaten mit Sondergrößen passende Bekleidung zur Verfügung stellen könne. Diese Versorgung müsse auch ohne vorherige umfangreiche Truppenversuche möglich sein.

Im Zusammenhang mit den internationalen Einsätzen der Bundeswehr hätte die Wehrbeauftragte zu Recht auch ausgeführt, daß man in den Dank für die Soldaten im Ausland auch diejenigen einbeziehen müsse, die in den Heimatgarnisonen blieben und dort den Dienst für ihre Kameraden im Ausland mit erledigten.

Die Fraktion der CDU/CSU bezeichnete den Jahresbericht 1996 als einen kritischen Bericht, den man im übrigen auch in Zukunft erwarte. Auf einen mit der Bundesregierung abgestimmten Bericht lege man keinen Wert.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich den inhaltlichen Ausführungen des Berichterstatters der Fraktion der CDU/CSU grundsätzlich an.

Mit Blick auf die politische Bildung unterstrich der Berichterstatter die Notwendigkeit der Weisung des Generalinspektors zu ihrer tatsächlichen Durchführung. Allerdings müsse man sich darüber im klaren sein, daß Versäumnisse in der Gesellschaft, die junge Menschen ca. 20 Jahre geprägt hätte, nicht vollständig durch die Bundeswehr beseitigt werden könnten. Ähnliches gelte im übrigen für den Bereich der Soldatenbeteiligung. Die Verbesserungen im Rahmen der Novellierung des Soldatenbeteiligungsgesetzes müßten nun auch in der Truppe umgesetzt werden.

Zum Thema Reservisten bemerkte der Berichterstatter, daß er den Eindruck hätte, daß diese von der aktiven Truppe häufig als lästiges Übel angesehen würden. Für den Kernauftrag der Bundeswehr, aber auch als Multiplikatoren, wären Reservisten unverzichtbar. Dies müsse der Truppe verstärkt klar gemacht werden.

Für die deutlichen Aussagen zur Wehrpflicht wurde der Wehrbeauftragten ausdrücklich gedankt.

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD bezeichnete den vorliegenden Jahresbericht als einen Bericht über den derzeitigen Zustand der Bundeswehr. Es handele sich dabei zwar nicht um einen umfassenden Bericht, jedoch zeige dieser existierende Probleme sehr deutlich auf. Dafür verdiene die Wehrbeauftragte die Anerkennung des Verteidigungsausschusses.

Um Wiederholungen zu vermeiden, verwies er besonders auf die schon durch den Berichterstatter der Fraktion der CDU/CSU dargestellten Mängel.

Mit Blick auf die politische Bildung wurde ausgeführt, daß dieser desto größere Bedeutung zukomme, je mehr die internationale Verantwortung der Bundeswehr zunehme. Dabei gelte es auch, hochqualifiziertes Personal heranzubilden und inhaltliche Hintergründe stärker auszuleuchten. Dies gelte insbesondere für die Ausbildung von Vorgesetzten. Weil dabei gemachte Fehler die Truppe viele Jahre belasteten, müßte in den Ausbildungseinrichtungen besonderer Wert auf die politische Bildung gelegt werden. Den Vorgesetzten müsse bewußt gemacht werden, daß gerade diese bei der Erfüllung militärischer Aufträge nicht nur hilfreich sei, sondern die Grundlage der Erfüllung des Auftrages selbst darstelle. Die Fraktion fordere daher sehr eindringlich, auf dem Feld der politischen Bildung nicht nachzulassen. Die Wehrbeauftragte wurde gebeten, diesem Themenbereich auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Weiter wurde bemerkt, daß sich gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen auch in der Bundeswehr bemerkbar machten und daß man diese nicht immer verhindern könne.

Er wäre im übrigen dankbar, daß in dem vorliegenden Jahresbericht auch die im Zusammenhang mit den Vorfällen in Detmold bekanntgewordene „komprimierte Grundausbildung“ angesprochen worden sei. Es könne nicht hingenommen werden, daß junge Menschen bereits nach einer vierwöchigen Grundausbildung in Spezialausbildungen auf einen SFOR-Einsatz vorbereitet würden. Wer junge Menschen in so kurzen Zeiträumen Belastungen aussetze, für die sie nicht ausreichend ausgebildet seien, verstoße eindeutig gegen Weisungen. Zudem vergehe er sich auch an den jungen Menschen, weil er ihnen Aufgaben übertrage, für die sie nicht ausreichend ausgebildet seien und für die sie möglicherweise auch noch nicht die persönliche Reife hätten. Seine Fraktion mahne insofern verstärkte Dienstaufsicht an, damit Fehlentwicklungen verhindert werden können.

Die an die Wehrbeauftragte gerichteten Eingänge aus dem Bereich der Personalangelegenheiten

nähmen, bezogen auf die Anzahl der gesamten Eingänge, großen Raum ein. Dies zeige auf, daß auch auf diesem Gebiet moderne und menschengerechte Führungselemente erforderlich seien. Nur so könne den Soldaten das Gefühl vermittelt werden, bei der Bundeswehr gut aufgehoben zu sein. Die Fraktion der SPD habe die herzliche Bitte, die modernen Grundsätze der Menschenführung auch im Bereich der Personalführung immer wieder auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu prüfen. Man erwarte, daß die Qualität der Ausbilder, Führer und Unterführer den Ansprüchen moderner Menschenführung entspreche. Letztlich gehe es auch darum zu erreichen, daß Wehrpflichtige die Bundeswehr mit einem positiven Eindruck verließen. Auf diese Weise könne das Bild von der Bundeswehr in der Öffentlichkeit dauerhaft und entscheidend verbessert werden.

Mit Blick auf die Haushaltssituation unterstrich die Fraktion der SPD die Ausführungen des Berichterstatters der Fraktion der CDU/CSU. Deutlich wäre zu erkennen, daß die vorhandenen finanziellen Mittel nicht mehr mit dem Auftrag, der Struktur, dem Umfang und der Ausrüstung der Streitkräfte übereinstimmten. Was jetzt noch darüber hinaus an Kürzungen vorgesehen sei, hätte weitere gravierende Auswirkungen. Dies bedeute auch, daß sich der Klarstand der Armee und die Infrastruktur von heute an nicht verbessern werden. Seine Fraktion wäre deshalb sehr interessiert zu erfahren, wie das Bundesministerium der Verteidigung den Klarstand der Bundeswehr nach den Haushaltsmaßnahmen definiere. Es bleibe sehr zu hoffen, daß das Ministerium die Aussage in seiner Stellungnahme zum Jahresbericht 1996, „Trotz der verbliebenen knappen Mittel sind Ausbildung und Betrieb in der Bundeswehr gewährleistet. Es gibt keinen Anlaß zu Frust und Pessimismus.“, durch Zahlen und handfeste Informationen belegen könne.

Mit Blick auf die Auslandseinsätze wurde bemerkt, daß man – auch politisch gesehen – aufpassen müsse, daß keine falschen Entwicklungen eintreten. Die Soldaten wären sich im übrigen klar darüber, gut ausgebildet zu sein. Auch hätten diese Vertrauen in ihre Ausrüstung und Bewaffnung. Kritisch bemerkte der Berichterstatter der Fraktion der SPD jedoch, daß das im Ausland eingesetzte Gerät höheren Belastungen unterliege und daher vermehrt reparaturbedürftig sei. Seine Fraktion erwarte vom Ministerium, daß das bei internationalen Einsätzen zur Anwendung kommende Gerät in einem Zustand gehalten werde, der dessen volle Einsatzbereitschaft garantiere. Ausfälle beim Nachschub dürfe es einfach nicht geben. Auch müsse ausgeschlossen werden, daß dadurch möglicherweise Menschen in Gefahr gebracht werden könnten. Insgesamt gesehen machen sich die Fraktionen Sorgen wegen der Kostenentwicklung durch überalterte Systeme, die nur durch Neubeschaffungen unterbunden werden könnten. Hierfür fehle jedoch das Geld.

Zum Thema Anzugsordnung stelle sich die Frage, ob der Fleckentarnanzug tatsächlich eine Uniform sei, in der sich die Bundeswehr in der Öffentlichkeit präsentieren solle.

Zum Thema Wehrpflicht wurde bemerkt, daß die SPD so lange wie möglich an dieser festhalten wolle, weil sie eben die beste Wehrform sei.

Die Fraktion der SPD bedauere, daß der Wehrsold seit dem Jahre 1992 nicht erhöht worden sei. Hier liege eine Chance, den Wehrpflichtigen zu zeigen, daß man ihren Dienst anerkenne. Die Fraktion hoffe sehr, daß trotz mehrmaliger Ablehnung von Anträgen der Fraktion der SPD durch die Koalition es nun zu einem gemeinsamen Antrag komme. Hinsichtlich des Mobilitätszuschlags bemerkte der Berichterstatter, daß dieser in der Truppe sehr strittig insbesondere wegen des zu groben Entfernungsrasters diskutiert werde.

Der Berichterstatter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl der Wehrbeauftragten etwas mehr Zurückhaltung bei ihren Äußerungen zur Wehrpflicht, weil sie Hilfsorgan des Parlaments sei und die politischen Vorgaben vom Parlament selbst kämen. Dort bestünden jedoch Zweifel am Fortbestand dieser Wehrform.

Zu Recht hätte die Wehrbeauftragte darauf hingewiesen, daß unter den Soldaten ziemliche Unruhe bezüglich der Entwicklung im Bereiche des Haushalts herrsche. Die Berufung des Bundesministeriums der Verteidigung auf den 30. Finanzplan werde diese Unruhe mit Sicherheit noch vergrößern. Er hätte sich gewünscht, daß das Ministerium hier eine realistischere Lagebeschreibung vorgenommen hätte.

Ausdrücklich wurde begrüßt, daß die Wehrbeauftragte das Thema „Zivilcourage“ als besonderen Punkt in den Bericht aufgenommen hätte. Die dazu getroffenen Feststellungen könnten von der Fraktion bestätigt werden. Der Sprecher glaubte jedoch, seinen persönlichen Eindruck schildern zu müssen, wonach die Spitze des Ministeriums – dies gelte auch für den Minister selbst – Zivilcourage unter den Soldaten nicht immer unbedingt gefördert hätte.

Die häufigen Truppenbesuche der Wehrbeauftragten, insbesondere die unangemeldeten, wurden begrüßt.

Im Rahmen des Themas „Soldat und Gesellschaft“ wäre aufgefallen, daß in diesem Teil des Berichts das Stichwort „Ehrenschutz der Soldaten“ im Gegensatz zu früheren Jahren nicht mehr angesprochen worden sei. Der Grund hierfür interessiere schon, insbesondere aber auch die Frage, ob dieses Problem möglicherweise in der Truppe nicht mehr existiere.

An einen Erfolg des staatsbürgerlichen Unterrichts sollten keine allzu großen Erwartungen gestellt werden. Andererseits sei jedoch bemerkenswert, daß die Verpflichtung zu diesem Unterricht durch die Vorgesetzten häufig vernachlässigt werde. Dies sei um so erstaunlicher, als die Bundeswehr weitgehend nach Befehl und Gehorsam strukturiert wäre.

Ähnliche Vollzugsdefizite sehe seine Fraktion im Bereich der Soldatenbeteiligungsrechte. Auch hier hapere es an der Umsetzung.

Der Berichterstatter bemerkte ferner, daß auffälligerweise auch das Kapitel „Traditionsverständnis“ im Jahresbericht nicht angesprochen worden sei. Dabei

halte er die Befassung damit für ganz wichtig für das Selbstverständnis der Soldaten von heute. Im letzten Jahr hätte die Wehrbeauftragte noch angemahnt, daß ihr Entscheidungen über eine Regelung zum Traditionsverständnis dringend geboten schienen. Hier werde ein Defizit im Bericht gesehen und gleichzeitig gebeten, diesen Aspekt im nächsten Jahresbericht wieder aufzunehmen.

Im Zusammenhang mit der immer wieder getroffenen Feststellung, in der Bundeswehr gebe es keine rechtsextremistische Entwicklung, wurde ausgeführt, daß dies unter Berücksichtigung und Abstützung auf die vorgelegten Meldungen und Straftaten offensichtlich stimme. Er meinte jedoch, daß es sich insoweit um eine unzureichende Betrachtungsweise handele und verwies auf entgegenstehende Feststellungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Seine Fraktion halte die Fortschreibung dieser Untersuchung für dringend notwendig. Nur dann könnte festgestellt werden, inwieweit im Einzelfall getroffene Gegenmaßnahmen tatsächlich greifen würden, um das Grundproblem zu lösen.

Im Zusammenhang mit dem mißbräuchlichen Umgang mit Drogen interessiere, ob hier Änderungen gegenüber früheren Zeiten zu verzeichnen gewesen wären, in denen nach Kenntnissen des Sprechers die „Trinkfestigkeit“ der jungen Soldaten in der „Informellen Ausbildung nach Dienst“ eine erhebliche Rolle gespielt hätte.

Zum Kapitel „Rechtsverstöße“ wurde gefragt, wie die Relation zwischen den dargestellten Fällen und tatsächlich erfolgten Meldungen wäre. Die Fälle entwürdigender Behandlung Untergebener durch Vorgesetzte würden zu Recht deutlich verurteilt.

Mit Blick auf die Qualität der Ausbilder wurde bemerkt, daß die Darstellungen über Vorgänge an den

Bundeswehruniversitäten sehr beunruhigt hätten. Die dortigen Geschehnisse unter jungen Leutnanten bewertete der Sprecher als gravierender als die Dinge, die möglicherweise im Kreise Grundwehrdienstleistender zu verzeichnen wären.

Für sehr bedauerlich wurden die Feststellungen über den Opportunismus manch höherer Vorgesetzter gehalten, die zunächst unzulässige Ausbildungsmethoden hinnähmen, aber nicht dazu stünden, wenn diese bekannt würden.

Abschließend wurde bemerkt, daß die Fraktion insgesamt gesehen die Empfehlung zur Stärkung der Inneren Führung und zum Schutz der Grundrechte der Soldaten unterstütze. Da die Wehrbeauftragte aber zugleich Empfehlungen zur Stärkung der Wehrpflicht abgegeben hätte, könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Jahresbericht 1996 letztlich jedoch nicht zustimmen.

Der Sprecher der Gruppe der PDS dankte der Wehrbeauftragten zunächst für den Bericht. Der Anstieg der Eingaben um 10 % werde als positiver Trend im Sinne eines gestiegenen Vertrauens innerhalb der Bundeswehr gegenüber der Institution der Wehrbeauftragten gesehen. Möglicherweise könne aber dieser Anstieg auch als ein Zeichen gestiegener Zivilcourage in der Truppe gesehen werden. Erfreut zeigte sich der Sprecher darüber, daß auch auf seine frühere Anregung hin nunmehr dem Thema „Alkohol“ im Jahresbericht Achtung geschenkt worden sei. Dies zeige, daß Alkohol eine gefährlichere Droge als beispielsweise Marihuana sei und daß es doch wohl ein Alkoholproblem in der Bundeswehr gebe, da viele Rechtsverstöße gegenüber Untergebenen und Kameraden, aber auch rechtsextremistische Exzesse, im Zusammenhang mit Alkohol stünden.

Bonn, den 28. August 1997

Jürgen Augustinowitz

Berichterstatter

Dieter Heistermann

Berichterstatter

